

"Große Mehrheit für den Schuman-Plan erwartet" in Nieuwe Rotterdamse Courant (31. Oktober 1951)

Legende: Am 31. Oktober 1951 beleuchtet die niederländische Tageszeitung Nieuwe Rotterdamse Courant die Haltung einiger Parlamentarier während der Debatten über die Ratifizierung des Schuman-Plans in der Zweiten Kammer der Generalstände der Niederlande.

Quelle: Nieuwe Rotterdamse Courant. dir. de publ. Baas, F; Pluygers, W. ; Réd. Chef Rooy, M. 31.10.1951, n° 257; 108e année. [s.l.]: Rotterdam. "Grote meerderheit verwacht voor plan-Schuman", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gro%C3%9Fe_mehrheit_fur_den_schuman_plan_erwartet_in_nieuwe_rotterdamse_courant_31_oktober_1951-de-6107ab36-9fc2-4cbb-b06c-bc6b007a65e6.html



Publication date: 06/07/2016

Große Mehrheit für den Schuman-Plan erwartet

(Mittags- und Abendsitzung vom Dienstag 30. Oktober)

Professor Gerbrandy konnte für die Debatte über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan) keinen Aufschub bekommen. Lediglich von den Kommunisten konnte er Hilfe bei dem Versuch erwarten, diesen Aufschub zu erhalten. Deswegen verzichtete er darauf, und damit sind die Niederlande das erste Land, in dem der Vertrag über die Kohle- und Stahlgemeinschaft dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt wird. Es kann auch damit gerechnet werden, dass die Zweite Kammer das erste nationale Parlament sein wird, das dem Vertrag seine Zustimmung gibt. Denn von den dreizehn Abgeordneten, die an der Debatte teilnahmen, waren nur die zwei kommunistischen Wortführer dagegen. Professor Gerbrandy erklärte hierzu: „Ich habe ernste Zweifel“, was nach seinem Versuch, einen Aufschub zu erhalten, noch eine ziemlich positive Äußerung war (ein solcher Versuch wird meist von den Gegnern einer Sache unternommen). Die anderen waren – jeder auf seine Art – für den Vertrag.

Jeder auf seine Art, das heißt, was die einen im Vertrag sahen, wollten die anderen durchaus nicht darin sehen. Während der Sozialist Nederhorst darin die Möglichkeit zur Verwirklichung sozialistischer Ideen sieht, entgegnet der Abgeordnete Schouten von der Anti-revolutionären Partei, dass er es nicht hinnehmen könne, wenn der Vertrag diese Sichtweise aufzwingen würde. Und in den lichten Höhen der internationalen Politik gab es eine Auseinandersetzung zwischen zwei „Straßburgern“, der römisch-katholischen Abgeordneten Klompé einerseits und dem Sozialisten Van der Goes van Naters andererseits. Während Van der Goes der Gemeinschaft einen Stempel der Souveränität aufdrücken will, erklärt Frau Klompé, dies habe keinen Sinn. Diese Frage kann Bedeutung erlangen, wenn geklärt werden muss, ob die Gemeinschaft Verträge mit Völkerrechtssubjekten abschließen kann, beispielsweise mit England, dessen Neutralität von verschiedenen Seiten bedauert wird. Die niederländische Regierung ist der Ansicht, dass eine Verbindung zu England nicht durch einen Vertrag zwischen dem Land und der Gemeinschaft hergestellt werden kann, sondern dass dafür ein Vertrag zwischen allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einerseits und England andererseits vonnöten sein könnte. Ein anderer „Straßburger“, der Abgeordnete Bruins Slot von der Anti-revolutionären Partei, der im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Professor Gerbrandy die Gemeinschaft befürwortet, meinte, dass die Gemeinschaft als juristische Person in jedem Fall eine Vereinbarung mit England schließen könne, wobei offen bleiben könne, ob man eine solche Vereinbarung dann Vertrag nennen wolle.

In besonders lichte Höhen kam Van der Goes damit, die Gemeinschaft als eine Art supranationale öffentlich-rechtliche Berufsorganisation betrachten zu wollen. Doch will er in der gemeinsamen Versammlung auch Politiker vertreten sehen, was Dr. Klompé aber mit den obligatorischen Merkmalen einer Berufsorganisation des öffentlichen Rechts für unvereinbar hält. Bruins Slot bemerkte völlig zu Recht, das es unangebracht sei, eine solche supranationale Körperschaft mit etwas vergleichen zu wollen, das wir in den Niederlanden kennen, das aber in den anderen Mitgliedstaaten überhaupt nicht existiert. Der Abgeordnete Welter, der seine Zustimmung zum Vertrag begeistert zum Ausdruck brachte, lehnte einen Vergleich mit einer Berufsorganisation aus denselben Gründen ab.

Die Diskussion auf dieser hohen Ebene hat natürlich auch ihren Nutzen, vor allem weil die Regierung wenig geneigt ist, den Abgeordneten hierin zu folgen. Die Regierung habe nach Auffassung Bruins Slots geradezu eine doktrinäre Angst vor der aus ihren juristischen Rahmen geratenen Gesellschaft. Doch tat es auch gut, die realistische Argumentation des Abgeordneten Korthals von der VVD zu hören, ebenfalls ein „Straßburger“. Seinen nüchternen Überlegungen (die aus den Worten der KVP-Abgeordneten Maenen und Van Thiel herauszuhören waren) fehlte es nicht an Begeisterung. Seiner Ansicht nach ist es ein glücklicher Umstand, dass die Niederlande in dieser Angelegenheit zu den Vorreitern gehörten – auch Van der Goes hatte mit Genugtuung darauf hingewiesen. Der Vertrag sei ein Schritt nach vorne auf dem Weg zur europäischen Integration.

Auch die Deutschland-Frage musste hier zur Sprache kommen. Wenn Deutschland teilnehme, sei es ein Schritt nach vorne, sagte Korthals. Van der Goes betonte, dies werde insbesondere für die deutschen Arbeiter gut sein.

Dass die Kommunisten gegen den Plan sind, ist allgemein bekannt: ein „Kriegsplan amerikanisch-deutscher Machart“ war eine der bezeichnenden Bemerkungen des Abgeordneten De Groot. Und Stokvis versuchte zudem zu beweisen, dass der Vertrag mit der Verfassung unvereinbar sei, und zwar insbesondere aufgrund des Gerichtshofs, dessen Gründung laut Vertrag vorgesehen sei.

Minister Van den Brink hörte sich, unterstützt vom Ministerpräsidenten, alle Redner an und wird am Mittwoch ebenfalls seinen Beitrag zur Debatte liefern. Minister Stikker, der eigentlich auch an der Sitzung hätte teilnehmen sollen, befand sich in Paris. Auch sein Staatssekretär Blom blieb der Rednerbühne fern, eine Abwesenheit, auf die einige hinwiesen.